

Fragen

für die Fragestunde der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 1. Juni 2016

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 21
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	11, 12	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	25, 26	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 41	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	2, 3
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	17, 24
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	4, 38	Paschke, Markus (SPD)	5, 6
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Pau, Petra (DIE LINKE.)	36, 37
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	32, 33	Saathoff, Johann (SPD)	7, 8
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	27, 28	Steinbach, Erika (CDU/CSU)	1
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 20	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	39, 40

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/CSU) Welche Unterstützung erhält die unter dem „Portal antifaschistische Initiativen“ aufgeführte Gruppe Willkommensnetzwerk „Pankow Hilft!“ von der Bundesregierung, und welche Unterstützung erhalten andere auf dem Portal genannte Gruppen („Linke jagen Berliner Zahnarzt und bekommen Geld vom Staat“, B.Z. vom 18. Mai 2016)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.) Woraus erklärt sich die unterschiedliche Höhe der Tagessätze für Mutter-/Vater-Kind-Kliniken und für Reha-Kliniken, und wie ist dies zu begründen?
3. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.) Aus welchen Gründen erfolgte nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 15 Jahren – ausgenommen die Grundlohnsummen – keine Anpassung der Tagessätze für Mutter-/Vater-Kind-Kliniken, während Tagessätze für Reha-Kliniken nach Aussagen der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in den letzten Jahren gestiegen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

4. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.) In welcher Weise wurden die Belange von Menschen mit Behinderungen inhaltlich im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (Artikel 4, 8 und 9) sowie personell durch ihre Organisationen bei der Durchführung des 9. Weltverkehrsforums (vom 18. bis 20. Mai 2016 in Leipzig) sowie den

- vorhergehenden Weltverkehrsforen berücksichtigt, und welche Initiativen gab es diesbezüglich vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur?
5. Abgeordneter
Markus Paschke
(SPD) Stimmt die Aussage, dass derzeit unter Beteiligung des Bundesverkehrsministeriums an alternativen Szenarien für den Masterplan Ems 2050 gearbeitet wird (vgl. Ostfriesen-Zeitung vom 20. Mai 2016)?
6. Abgeordneter
Markus Paschke
(SPD) Wenn ja, wie sehen diese aus, und wurden die anderen Vertragspartner darüber informiert?
7. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD) Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, dass falls, wie die „Ostfriesen-Zeitung“ am 20. Mai 2016 berichtet hat, alternative Szenarien zum Masterplan Ems 2050 erarbeitet werden, die Europäische Kommission doch ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einleiten wird?
8. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD) Trifft die Aussage zu, dass die mit dem Masterplan Ems 2050 verfolgte Idee, den Schlickeintrag mit Hilfe von Tidepoldern zu verringern, ein „Rohrkrepierer“ sein soll (vgl. Ostfriesen-Zeitung vom 20. Mai 2016)?
9. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Plänen der Deutschen Bahn AG für die Stilllegung bzw. Einstellung der Bedienung von 215 Güterverladestellen, und wie bewertet dies die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass der Bund den Bau neuer Güterverladeeinrichtungen finanziell fördert?

10. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Gründe dafür, dass die Bundesregierung ihre Stellungnahmen zu den Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes zur Kostenplausibilität von Teilbereichen des Projektes Stuttgart 21 (S21) sowie zum Verhalten der vom Bund gestellten Aufsichtsratsmitglieder bzgl. der Entscheidung für den Weiterbau des Projektes S21 noch nicht vollendet hat, und wann wird dieser Vorgang nach Einschätzung der Bundesregierung so weit sein, dass das Parlament über die Prüfungsergebnisse informiert wird (www.stuttgarterzeitung.de/inhalt.bundesrechnungshof-und-s-21-pruefungen-zu-stuttgart-21-vor-dem-abschluss.b1c4dd31-ecdd-4ae9-afb7-26ef642eab1d.html)?
11. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung ist die „außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 1201 Titel 532 24 – Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren – bis zur Höhe von 503 218 T€“ (Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen Nr. 53/16) unabweisbar, angesichts der Tatsache, dass es für die Ausweitung der Mautpflicht auf alle Bundesstraßen bisher keine Rechtsgrundlage sowie Vertragsgrundlage (mit einem Mautbetreiber) gibt, und warum wäre eine Veranschlagung dieser Mittel erst im Bundeshaushalt 2017 zeitlich nicht ausreichend zur Umsetzung der Mautausweitung bis zum Jahr 2018?
12. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Nach welchen Prüfungen durch die Bundesregierung wurde die „Höhe der erforderlichen Haushaltsmittel (...) nach Vorlage eines verbindlichen Angebots der Toll Collect GmbH am 6. April 2016 konkretisiert“ (ebd.), und entspricht die Höhe der erforderlichen Haushaltsmittel den von der Toll Collect GmbH im verbindlichen Angebot angegebenen Kosten?
13. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Sanktions- bzw. Strafmöglichkeiten wurden abgeleitet aus dem europäischen Umweltrecht im deutschen Recht verankert, um auf Verstöße bei den Pkw-Verbrauchsabgaben (z. B. signifikant höherer CO₂-Ausstoß) von Automobilherstellern reagieren zu können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

14. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung den höheren Stickoxidgrenzwert für Diesel-Pkw (80 Milligramm pro Kilometer) im Vergleich zu Benzin-Pkw (60 Milligramm pro Kilometer) für gerechtfertigt, und beabsichtigt die Bundesregierung, den Grenzwert für Diesel-Pkw an den Grenzwert für Benzin-Pkw anzugleichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

15. Abgeordnete
Sylvia
Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des genauen Datums des für Juni 2016 angekündigten Termins des ITER-Verwaltungsausschusses, an dem über den Umgang mit dem überarbeiteten Zeit- und Kostenplan für den Fusionsreaktor entschieden werden soll (www.heise.de/tr/artikel/Fusionsforschung-Zittern-beim-ITER-3208603.html), und wann findet voraussichtlich das nächste Beratungstreffen für die weitere Finanzierung auf EU-Ebene statt?
16. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Bundesregierung im Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ der Europäischen Union am 26./27. Mai 2016 zum Beschlussvorschlag „Draft Council conclusions on ‚Research and Innovation friendly regulation““ (Dokument 8506/16) im Hinblick auf die gegenüber dem vorherigen Beschlussvorschlagstext erfolgte Einfügung unter Punkt 3 „and technology neutral“ verhalten, die die Basis für Forschungsförderung für Atom- und Kohlekraft auf EU-Ebene ermöglicht, und was hat die Bundesregierung konkret gegen die Aufnahme dieser Formulierung in den Beschlusstext unternommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

17. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Entspricht die Aussage des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, dass 10 Prozent der EU-Mittel für die Bekämpfung der sogenannten Flüchtlingskrise verwendet werden sollten und dass eine EU-Flüchtlingsbeauftragte oder ein EU-Flüchtlingsbeauftragter eingesetzt werden soll (www.theguardian.com/global-development/2016/may/24/divert-10-of-eu-funds-refugee-crisis-germany-gerd-muller und www.hurriyetdailynews.com/german-minister-proposes-devoting-10-pct-of-eu-budget-to-refugee-crisis.aspx?pageID=238&nID=99590&NewsCatID=351), der Haltung der Bundesregierung, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um das Vorhaben umzusetzen?
18. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Aussage zu, dass ein Ministerium, das von seinen Partnern Good Governance und Transparenz einfordert, jeden Verdacht der Begünstigung ausräumen sollte, um seine Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel zu setzen, und aufgrund welcher entwicklungspolitischen Eignung hat das Bundesministerium vor diesem Hintergrund der Ernennung von Dr. F.-W. zugestimmt (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/8541)?
19. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann das Bundeskanzleramt als koordinierende Stelle innerhalb der Bundesregierung verbindlich bestätigen – und damit die offensichtliche Unstimmigkeit zwischen den persönlichen Auskünften der beteiligten Minister gegenüber Abgeordneten und der daraufhin erfolgten gegenteiligen Beantwortung meiner Schriftlichen Frage 73 auf Bundestagsdrucksache 18/8458 ausräumen –, dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag

ein Ratifizierungsgesetz zu dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der ECOWAS (Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten) vorlegen wird, und wann beabsichtigt sie, das Gesetz vorzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

20. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern war das „Issues Paper No. 10 ‚Nuclear‘“ der Europäischen Kommission, das am 6. April 2016 vom Sekretariat des Strategieplans für Energietechnologie (SET-Plan) der Europäischen Kommission online veröffentlicht wurde, vor dem 13. Mai 2016 mit der Bundesregierung abgestimmt – insbesondere im Rahmen des SET-Plan-Lenkungsausschusses, in dem die Bundesregierung Mitglied ist (bitte insbesondere mit Angabe des jeweiligen Rückmelde- bzw. Stellungnahme- und Abstimmungsverhaltens der Bundesregierung), und ggf. welche Rückmeldungs- bzw. Stellungnahmemöglichkeiten bezüglich des „Issues Paper No. 10 ‚Nuclear‘“ und der darauf basierenden Entwurfserarbeitung einer nichtbindenden Absichtserklärung im Rahmen des SET-Plans haben Bundesbehörden, insbesondere das federführend zuständige Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, vor dem 13. Mai 2016 nicht genutzt (ggf. bitte vollständige Angabe; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/8567 und Mitgliederliste des Lenkungsausschusses auf der SET-Plan-Webseite der Europäischen Kommission)?
21. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkrete Stellungnahme hat die Bundesregierung zu dem öffentlich bekannt gewordenen Papier „SET-Plan Draft Declaration of Intent on Strategic Targets in the context of Action 10 – Maintaining a high level of safety of nuclear reactors and associated fuel cycles during operation and decommissioning, while improving their efficiency“ in der Sitzung der Arbeitsgruppe Forschung des Rates der Europäischen Union in der 20. Kalenderwoche und ggf. weiteren Gremien

auf europäischer Ebene abgegeben, und was wird die Bundesregierung weiterhin unternehmen, damit ein derartiges Papier in keiner Weise Beschlussgrundlage o. Ä. auf europäischer Ebene wird?

22. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, die Mercosur-Verhandlungen (Mercosur: gemeinsamer Markt Südamerikas) nicht auf Grundlage des alten Verhandlungsmandates fortzuführen, das lange vor der Verabschiedung des Lissabon-Vertrags und damit unter ganz anderen Vorzeichen erteilt wurde, und wenn nein, warum strebt sie die Möglichkeit einer Mandatserneuerung und Anpassung an die aktuellen handelspolitischen Debatten und Interessen bisher nicht an?

23. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Ausmaß von Arbeitsrechtsverletzungen in den USA, z. B. über die Verweigerung von Toilettenpausen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der amerikanischen Geflügelindustrie (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/oxfam-vielen-arbeitern-in-us-gefluegelindustrie-wird-toilettenpause-verwehrt-a-1092346.html), und welche Sanktionsmöglichkeiten werden nach Kenntnis der Bundesregierung in TTIP (Transatlantisches Freihandelsabkommen) geplant, um im Falle derartiger Missstände Handelsbeschränkungen zu erlassen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

24. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Inwiefern plant die Bunderegierung einen Ausbau der Sicherheitszusammenarbeit mit Ägypten, und welche Rolle spielen die wiederholten massiven Menschenrechtsverletzungen ägyptischer Sicherheitskräfte (siehe z. B. www.hrw.org/de/news/2016/04/21/aegypten-kinder-gefoltert-und-verschleppt oder www.tagesschau.de/multimedia/video/video-146929.html) und die zunehmenden Meldungen,

dass es als Transitland für Flüchtlinge in den Fokus rückt (z. B. www.focus.de/politik/videos/muessen-verhindern-dass-schmuggler-fuss-fassen-vor-dieser-neuen-fluechtlingsroute-fuerchtet-sich-jetzt-europa_id_5568090.html) bei ihren Erwägungen?

25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit sieht die Bundesregierung in der von ihr geteilten Auffassung der Europäischen Kommission, die in ihren Fortschrittsberichten der letzten Jahre und insbesondere im aktuellen Fortschrittsbericht zahlreiche Rückschritte im Bereich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei feststellt, und ihrer Aussage, dass infolge der polizeilichen, justiziellen und militärischen Zusammenarbeit, die „rechtsstaatliche und demokratische Entwicklung des Landes grundsätzlich befördert“ wurde (Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/8057), einen Widerspruch, und sieht die Bundesregierung in der Aufhebung der Immunität von mehr als einem Viertel der Abgeordneten des türkischen Parlaments vom 20. Mai 2016, die nach meiner Auffassung der Massenverfolgung regierungskritischer Politiker, insbesondere von Abgeordneten der HDP (Demokratische Partei der Völker), dient (www.welt.de/politik/ausland/article155522308/So-schnell-gilt-man-in-der-Tuerkei-als-Terrorist.html), ein Ergebnis der grundsätzlichen Beförderung der rechtsstaatlichen und demokratischen Entwicklung der Türkei durch die polizeiliche, justizielle und militärische Zusammenarbeit mit ihr?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

26. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wieso gilt das Kriterium Nummer 22 der Visa-Roadmap EU-Türkei (Nichtdiskriminierender visumfreier Zugang der Staatsangehörigen aller EU-Mitgliedstaaten zum Hoheitsgebiet der Türkei) als erfüllt, obwohl das E-Visum-System nach wie vor eine Diskriminierung von Antragstellern aus der Republik Zypern darstellt, da diese die Länderoption „Griechisch-zyprische Verwaltung von Süd-Zypern“ wählen müssen, was im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission entsprechend kritisiert und von der Bundesregierung geteilt wird

(Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/8057), und inwieweit wird die Republik Zypern nach Kenntnis der Bundesregierung von ihrem Vetorecht bezüglich einer Visaliberalisierung mit der Türkei Gebrauch machen, vor dem Hintergrund, dass die Türkei ihre Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Ankara-Protokoll nicht erfüllt (<http://de.euronews.com/2016/03/17/ankara-haelt-seine-verpflichtungen-nicht-ein-ein-gespraech-mit-dem-praesidenten/>)?

27. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie waren die Asylentscheidungen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach gewährttem Status differenzieren) im Gesamtjahr 2015 bzw. im bisherigen Jahr 2016 bei syrischen Asylsuchenden, deren Asylgründe im Rahmen einer persönlichen Anhörung (d. h. nicht in einem nur schriftlichen Verfahren) geprüft wurden, und wie bewertet die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz, den enormen Anstieg der Gewährung lediglich subsidiären Schutzes für syrische Flüchtlinge im April 2016 vor dem Hintergrund, dass sie bei der Verabschiedung des so genannten zweiten Asylpakets im Deutschen Bundestag noch erklärt hatte, dass die Einschränkung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten „nur eine kleine Gruppe“ betreffe (Plenarprotokoll 18/158, S. 15478)?

28. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele der von der Bundespolizei seit Januar 2016 an den Grenzen kontrollierten, unerlaubt einreisenden Personen wurden zurückgewiesen (bitte nach Monaten und den vier wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren), und wie ist zu erklären, dass die Zahl derjenigen, die kein Asylgesuch bei Kontrollen an der Grenze äußerten und deshalb zurückgewiesen werden konnten, im Vergleich zum Vorjahr so stark (vgl. etwa die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 10 auf Bundestagsdrucksache 18/7331 und 17 auf Bundestagsdrucksache 18/7842) angestiegen ist (bitte nachvollziehbar mit Bezug auf die reale Kontrollsituation an den Grenzen darstellen)?

29. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Zulässigkeitsverfahren zum Asylverfahren in Griechenland derzeit unter Mitwirkung bzw. ausschließlich von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen durchgeführt, und inwiefern wird nach Auffassung der Bundesregierung dabei die Einhaltung der asylrechtlichen Vorgaben des griechischen und europäischen Flüchtlingsrechts (Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften, materielle Vorgaben einschließlich der Prüfung der besonderen Schutzbedürftigkeit, Zugang zum Rechtsschutz) gewährleistet?
30. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aufgrund welcher rechtlichen und tatsächlichen Erwägungen hält es die Bundesregierung für angemessen, bei der Erteilung der Niederlassungserlaubnis von anerkannten Flüchtlingen zu verlangen, dass sie „ein breites Spektrum anspruchsvoller, längerer Texte verstehen und auch implizite Bedeutungen erfassen [und] sich klar, strukturiert und ausführlich zu komplexen Sachverhalten äußern und dabei verschiedene Mittel zur Textverknüpfung angemessen verwenden [können]“ (www.europaeischer-referenzrahmen.de/sprachniveau.php), obwohl die Einbürgerung deutlich unterhalb dieses Niveaus in Betracht kommt?
31. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist Inhalt und Wortlaut der Zusagen bzw. der Vereinbarungen des Bundesministers des Innern bei seiner US-Reise vom 17. bis 19. Mai 2016 gegenüber US-Regierungsvertretern (wie der US-amerikanischen Justizministerin Loretta Lynch) zum Datenaustausch im Sicherheitsbereich etwa über islamistische Gefährder (vgl. Frankfurter Rundschau vom 20. Mai 2016), und wie stellte das Bundesministerium des Innern dabei – neben kurzfristiger Unterrichtung des Deutschen Bundestages darüber – sicher, dass beim Datenaustausch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts eingehalten sind, die Zweckbindung der Daten zu wahren, diese weder für Folter noch Tötungen zu nutzen oder Dritten weiterzuleiten, insbesondere mit deutscher Billigung im Einzelfall nicht an Staaten mit geringerem bzw. zweifelhaftem Datenschutzniveau?

32. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung über Einzelvorhaben einer INTERPOL-Reform 2020 bekannt, die als „Neuausrichtung von Interpol“ bezeichnet wird und unter anderem die Festigung von INTERPOL als „Informationsdrehscheibe“ der internationalen Polizeikooperation, v. a. durch qualitativ hochwertigen Datenaustausch, polizeiliche Ausbildungsangebote sowie „praktische Tools“ beinhalten soll (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Inneres der Republik Österreich vom 24. Mai 2016) und laut dem früheren Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Jürgen Stock, weitere „strategische Partnerschaften mit dem Privatsektor“ (ähnlich der Initiative „I-Checkit“) vorbereitet (www.interpol.int vom 5. November 2015), und auf welche Weise sind Bundesbehörden (auch in Form von Vorschlägen, Diskussionen oder Pilotprojekten) in die INTERPOL-Reform 2020 involviert?
33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Instrumente zur Benachrichtigung, Aufklärung und Untersuchung stehen nach Kenntnis der Bundesregierung den Zentralen Meldestellen (Financial Intelligence Units, FIU) und Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung, die eine Kombination von Finanz- und Telekommunikationsdaten vornehmen und dabei neben Daten über Finanzströme und Konten auch Informationen von Telekom-Carriern, Satelliten, Telefonnetzen, Mobiltelefonen und dem Internet als „neue Erkenntnisquellen“ verarbeiten (etwa ähnlich wie die im EU-Forschungsprogramm HEMOLIA unter Leitung von Verint Systems Inc. beforschten Anwendungen, an dem keine Bundesbehörden beteiligt waren, http://cordis.europa.eu/result/rcn/154419_de.html), und inwiefern hält es das Bundesinnenministerium für denk- oder sogar machbar, mit derartigen IT-Werkzeugen durch die Auswertung eines „Finanz-Fußabdrucks“ nicht nur Straftaten aufzuklären, sondern als Gefahrenabwehr auch einen „Radikalisierungsprozess“ erkennen zu können (www.eu-ems.com/practical.asp?event_id=2287&page_id=4766)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

34. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum will die Bundesregierung das Mietrechtsnovellierungsgesetz vom 21. April 2015 (ugs. Mietpreisbremse) erst dann evaluieren, wenn mindestens drei Jahre vergangen sind (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Wohnen und Leben in Deutschland“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/8570), seit die ersten Länder davon Gebrauch gemacht haben, also frühestens im Jahr 2018?
35. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Position der Europäischen Kommission, dass eine Erklärung der Europäischen Kommission zur genaueren Auslegung der Biopatentrichtlinie ausreichend ist (vgl. <http://deutsch.eu2016.nl/aktuelles/nachrichten/2016/05/24/durchbruch-in-der-debatte-uber-das-patent--und-sortenschutzrecht>) sowie eine Änderung der Richtlinie im Gegensatz dazu keine Lösung sei, um das Patentierungsverbot bei konventionell gezüchteten Pflanzen und Tieren wirksam durchzusetzen (mit Bitte um Begründung), und falls die Bundesregierung im Gegensatz zur Europäischen Kommission eine Änderung der Biopatentrichtlinie zur Klarstellung des Patentierungsverbotes für notwendig erachtet, welche konkreten Initiativen plant die Bundesregierung auf EU-Ebene in diesem Bereich für das laufende Jahr?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

36. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie soll sichergestellt werden, dass die nach einer geplanten Gesetzesänderung eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) – Rechtsvereinfachung (vgl. Antworten auf meine Schriftlichen Fragen auf Bundestagsdrucksache 18/8567) künftig nicht mehr an anerkannte Flüchtlinge, die in Gemeinschaftsunterkünften ohne Möglichkeit einer Selbstversorgung leben, ausgezahlten Geldbeträge für häusliche Ernährung und Haushaltsenergie den Kommunen oder gegebenenfalls Ländern zur Verfügung gestellt werden, die derzeit, aber auch nach

der Gesetzesänderung, real für die Kosten insbesondere zur Deckung des Ernährungsbedarfs aufkommen, und warum trifft die Bundesregierung im Zuge der geplanten Gesetzesänderung diesbezüglich keine konkrete und verbindliche Regelung (bitte ausführen)?

37. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Um wie viel teurer ist die Nahrungsmittelversorgung durch Fremdfirmen (Caterer usw.) in einer Gemeinschaftsunterkunft ohne Selbstversorgungsmöglichkeit gegenüber den im SGB II für die Ernährung sonst vorgesehenen Sätzen (es wird lediglich eine grobe Schätzung erbeten), und wie soll nach Auffassung der Bundesregierung damit umgegangen werden, dass selbst die nach der geplanten Gesetzesänderung künftig nicht mehr ausbezahlten Geldbeträge voraussichtlich nicht annähernd ausreichen werden, um die realen Ausgaben der Kommunen bzw. Länder für die Sicherstellung der Ernährung in einer solchen Situation abzudecken?

38. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Bis wann plant das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Förderrichtlinie zur „Förderung der Partizipation“ nach § 19 des Behindertengleichstellungsgesetzes zu verabschieden, und wie viele Mittel stehen dafür im Bundeshaushalt 2016 sowie (nach derzeitiger Planung) im Bundeshaushalt 2017 zur Verfügung?

39. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Aus welchen Gründen waren bei der Verbändeanhörung zum Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes am 24. Mai 2016 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales weder die Bundesministerin Andrea Nahles, die Parlamentarische Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller noch der zuständige Abteilungsleiter anwesend (www.kobinet-nachrichten.org/de/1/nachrichten/33805/Deutliche-Worte-an-Andrea-Nahles.htm)?

40. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Forderung vieler Selbstvertretungsorganisationen und Verbände, die vorgesehenen Verbesserungen im Entwurf, wie beispielsweise das Budget für Arbeit und die Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen ins SGB IX zu übernehmen und den Referentenentwurf zurückzuziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

41. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand der Ressortabstimmung zur Glyphosat-Neuzulassung bzgl. des Abstimmungsverhaltens Deutschlands im Fall einer möglichen Abstimmung, und wird die Bundeskanzlerin von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch machen, um ein eindeutiges Votum Deutschlands zu erreichen?